



Wir berichten, was andere verschweigen.

Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



Generalangriff auf die Steiermark

Rede von KPÖ-LAbg. Werner Murgg zum Landesbudget 2013/2014 (gekürzt)

Stabilitätspakt, Fiskalpakt, Schuldenbremse: alles Dinge, die dem neoliberalen Diktat der ausgabenseitigen Budgetsaniierung untergeordnet sind. Darin liegt die Ursache des restriktiven Sparkurses unseres Bundeslandes, der mit dem Doppelbudget 2011/12 einsetzte.

Es gibt zwei Wege Schulden zu reduzieren:

Ausgabenseitig: Das trifft die Masse der Bevölkerung, indem Leistungen und Infrastruktur zurückgefahren werden; das Rezept der SPÖ/ÖVP-Reformpartner

Erschließen neuer Einnahmen: Das wäre dringend geboten. Mir ist klar, dass Landesabgaben nur 1,6 % der Gesamteinnahmen betragen. Dadurch kann das Budget nicht entlastet werden.

Aber selbst diese beschei-

denen Möglichkeiten werden nicht genutzt. Während breiten Bevölkerungsschichten Leistungen gestrichen werden, verzichten SPÖ und ÖVP auf eine auch nur moderate Besteuerung der Unternehmen. Eine von diesen zu entrichtende Nahverkehrsabgabe könnte bis zu 30 Millionen Euro bringen. Sie verzichten auf eine von Schotterbaronen einzuhebende Schottersteuer oder auf eine von Handelsketten zu bezahlende Bodenversiegelungsabgabe (Stellplatzabgabe). Wichtigste Einnahmequelle bleiben die Ertragsanteile an Bundessteuern.

Die arbeitenden Menschen tragen die Last

Würde das Kapital ebenso besteuert wie Löhne, Gehälter und Umsatz, das Steueraufkommen würde – ohne Kaufkraftverlust – um mehrere zehn Prozent steigen. Finanzlandesrätin Bettina Vollath sagt: „Die Ursache der steigenden Neuverschuldung ist darin zu sehen, dass der Zuwachs der Einnahmen nicht mit dem Ausgabenwachstum Schritt hält.“ Richtig, der Finanzausgleich blendet eine potenzielle Einnahmequelle nahezu aus. Es ist höchste Zeit hier gegenzusteuern!

Bei 500 Mrd. Euro Geldvermögen betragen die Staatsschulden 206 Mrd. Beide steigen seit 1980 im Gleichklang. Die Staatsschulden sind aber nicht die Ersparnisse der Österreicher, wie uns gerne weiszumachen versucht wird, im Gegenteil: 1% besitzen ca. 150 Mrd. Euro, das sind 73 % der Staatsschulden. Hier wäre ein Haircut dringend von Nöten! Aber auch die Konzerngewinne

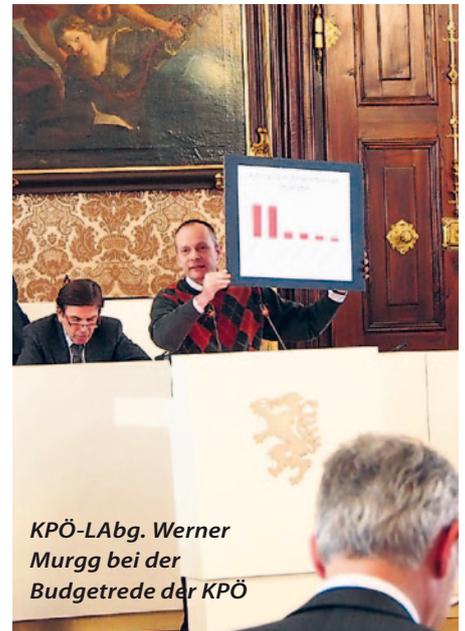
explodieren seit 2002 – trotz Krise.

Die österreichischen Bankenrettungspakete haben – ohne Haftungen – 6 Mrd. Euro gekostet. 2,2 Mrd. wurden in den ESM eingezahlt, bei Haftungen von 17,3 Mrd. 8,2 Mrd. Euro. Geld, das dazu dient, in Griechenland ausländische Privatbanken zu retten und weltweit das Finanzcasino aufrechtzuerhalten.

Landesrat Christian Buchmann (ÖVP) sagt:

„Ich bin dagegen, mit neuen Abgaben den Menschen in die Tasche zu greifen.“ Aber genau das macht die SPÖ/ÖVP-Regierung. Indem sie den Gratikindergarten abgeschafft hat, greift sie den Eltern in die Tasche. Indem sie die Wohnbeihilfe gekürzt hat, greift sie den Mieterinnen und Mietern in die Tasche. Indem sie die Schule in der Breitenau schließt, greifen sie den Menschen in die Tasche, weil jetzt irgendjemand den weiten Schulweg nach Bruck bezahlen muss. Sie greift den Menschen unentwegt in die Taschen, aber sie greift in die falschen Taschen.

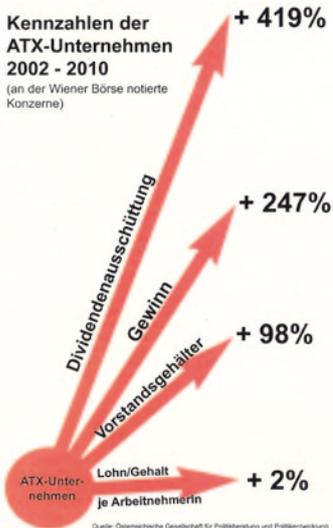
Landesrätin Vollath sagt: „Das Budget wird saniert, ohne Landesvermögen zu veräußern.“ Auch das stimmt nicht! Loser-Bergbahnen – verkauft. Hauser-Kaibling – verkauft. Hörgas-Enzenbach wird verkauft. das LKH West soll verkauft werden. Schloss Liechtenstein – verkauft. Schloss Schwanberg – wird vermutlich bald verkauft.



KPÖ-LAbg. Werner Murgg bei der Budgetrede der KPÖ

Die SPÖ/ÖVP-Landesregierung hat eine besondere Unverfrorenheit parat: Während soziale Transferleistungen seit Jahren nicht an die Teuerung angepasst wurden, sieht das neue Parteienförderungsgesetz eine automatische Wertanpassung der Fördergelder vor.

Die KPÖ steht für einen anderen Weg. Der Reichtum ist ungleich verteilt. Die Arbeiter und Angestellten unseres Landes, die diesen Reichtum erarbeiten, haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt! Trotzdem sollen sie die Zeche der Spar- und Sanierungspakete bezahlen. Dass sich die „Reformpartner“ zur Speerspitze eines von den Konzern- und Kapitaleliten der EU europaweit verordneten Gesund-schrumpfens gemacht haben, mag ÖVP-Kreise, die Industriellenvereinigung und verschiedene Medien zu Jubelstürmen hinreißen. Wir aber werden weiter Widerstand gegen eine solche Politik leisten.



Löhne stagnieren, aber Dividendenausschüttung plus 419%, Gewinne plus 247%. Allein 2011 haben ATX-Unternehmen 2,1 Mrd. Euro Dividenden ausgeschüttet.



KPÖ: Fusionen lösen Probleme der steirischen Gemeinden nicht

LABg. Werner Murgg: „Aus drei Toten macht man keinen Lebenden“

Im Rahmen der Dringlichen Anfrage der „Reformpartner“ SPÖ und ÖVP an ihre eigenen Regierungsmitglieder übte KPÖ-LABg. Werner Murgg Kritik an Gemeindefusionen, die LH Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer als großen Wurf feiern.

LABg. Murgg: „Land und Bund teilen Gemeinden Aufgaben zu, ohne sie finanziell zu unterstützen. Das hat viele Gemeinden ruiniert, zum Beispiel durch die Pflegekosten, von denen die Kommunen 40 % tragen. Das Land erhöht die Tagsätze, die Kommunen müssen mitziehen. Aber das trifft große und kleine Gemeinden gleichermaßen. Die Zusammenlegung kleiner Gemeinden löst keines dieser Probleme. Aus drei Toten macht man noch keinen Lebenden.“

Durch die Vergrößerung der Gemeinden soll mehr Geld

aus dem Finanzausgleich fließen, wobei die „Reformpartner“ die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben: Bereits 2015 wird der Finanzausgleich neu verhandelt. „Dabei werden die anderen Bundesländer sicher nicht zuschauen, wie plötzlich viel mehr Geld in die Steiermark fließt. Die Fusionen bringen über 2015 hinaus nichts, außer eine Umverteilung von den verbleibenden kleinen Gemeinden zu den größeren. Das ist ein Taschenspielertrick, aber kein seriöses Konzept für die Gemeindeentwicklung“, so Murgg.

Die KPÖ kritisierte, dass die Gemeindefusionen eine kräftige Erhöhung der Bürgermeistergehälter bedeuten. SPÖ und ÖVP haben sogar ein neues Gehaltsschema angekündigt, um Gemeindefunktionärinnen und -funktionären eine

Fusion schmackhaft zu machen.

Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung

An LH Voves und LH-Stv. Schützenhöfer gerichtet: „Der Wirbel, den Sie ins Land bringen, ist ein Hindernis für eine gute wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark und ihrer ländlichen Regionen. Nach dem Kahlschlag der Bundesregierung, der den Gemeinden Bahn- und Postbusverbindungen, Polizeidienststellen, Postämter und vieles andere gekostet hat, kommt nun das Land und sperrt Spitalsabteilungen und Kleinschulen zu. Das ist keine Offensive für die Steier-

mark, sondern genau das Gegenteil!“

KPÖ-Nein zur neuen Parteienförderung

Gegen die Stimmen von KPÖ und FPÖ wurde am 10. Dezember 2012 im zuständigen Ausschuss das neue steirische Parteienförderungsgesetz beschlossen. SPÖ, ÖVP und Grüne stimmten der Neuregelung zu. Hauptgrund für die Ablehnung durch die KPÖ ist die nun vorgesehene automatische jährliche Erhöhung (Indexierung).

Die KPÖ hat seit Beginn der Verhandlungen dafür plädiert, die Indexierung (Wertanpassung) herauszunehmen. KPÖ-LABg. Werner Murgg: „Es kann nicht sein, dass wichtige Sozialleistungen nicht wertgesichert werden, die Parteienförderung hingegen schon.“



© Jürgen Priewe / Fotolia.com

Trotz Unrechtmäßigkeit:

Land bleibt stur bei Pflegeregress

LABg. Klimt-Weithaler (KPÖ): „Unverhältnismäßige Belastung Einzelner“

Ende Dezember hat sich die Landesregierung mit jener Bestimmung im steirischen Sozialhilfegesetz befasst, welche die Regresszahlungen durch Eltern und Kinder pflegebedürftiger Personen regelt. Die vom Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) geforderte Streichung der Bestimmung wurde aber von der Regierung abgelehnt, weshalb Betroffene weiterhin regresspflichtig bleiben. Nun geht die Entscheidung zum Verfassungsgerichtshof.

Ein Antrag der KPÖ auf Abschaffung der vom UVS als verfassungswidrig eingestuften Regelung liegt dem Landtag seit April 2012 unbehandelt vor. Die zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder wies selbst darauf hin, dass durch den Regress nur ein minimaler Teil der Pflegekosten finanziert werde, und

sprach wörtlich von einer „pädagogischen Maßnahme“.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler ist empört, dass sich die Regierung weigert, das Gesetz im Interesse der Angehörigen pflegebedürftiger Personen zu ändern: „Das Budget wird durch den Regress, den es in dieser Form nur in der Steiermark gibt, nicht nennenswert entlastet. Für die von den Zahlungen Betroffenen stellt die Regelung aber oft eine unverhältnismäßige Belastung dar.“

Anstatt dem UVS eine falsche Haltung zu unterstellen, sollte die so genannte Reformpartnerschaft aus SPÖ und ÖVP alles unternehmen, um die in der vergangenen Periode abgeschaffte und danach wieder eingeführte Regresspflicht abzuschaffen, so die KPÖ-Abgeordnete.

Landtag: Präsidium verkleinern!

Die KPÖ hat in der Sitzung am 22. Jänner die Wahlvorschläge für den ersten Landtagspräsidenten und die zweite Landtagspräsidentin unterstützt und den Abgeordneten Majcen (ÖVP) und Lackner (SPÖ) ihre Stimme gegeben. Gleichzeitig hat sie vorgeschlagen, die Position des 3. Landtagspräsidenten nicht mehr zu besetzen. Dieser Antrag wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Das Amt be-

kleidet nun SP-LABg. Breithuber, vielen auch als Bürgermeister von Seiersberg in Erinnerung. Die Streichung des Postens würde durch den höheren Gehaltsanspruch Geld sparen. Selbst bei Verhinderung der ersten beiden Präsident/innen ist das Amt unnötig, da in einem solchen Fall automatisch der oder die älteste Abgeordnete des – ab 2015 verkleinerten – Landtags dieses Amt einnimmt.

Bildungsplan: „Leere Worte?“

Viele positive Ansätze sieht die KPÖ im Regionalen Bildungsplan für die Steiermark, der am 10. Jänner präsentiert wurde. Angesichts der bisherigen bildungspolitischen Praxis sind aber Zweifel angebracht, ob und in welcher Form diese auch umgesetzt werden – und ob weitere Kleinschulen geschlossen werden.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Bisher hat man gar nicht wahrgenommen, dass in unserem Bundesland

überhaupt Bildungspolitik betrieben wird. Die einzige spürbare Maßnahme in dieser Periode war die flächendeckende Schließung von Kleinschulen und die Einführung von Kindergartengebühren, gegen die sich die KPÖ weiterhin zur Wehr setzen wird.“ Man darf gespannt sein, ob der neue Bildungslandesrat Schickhofer seine Aufgabe besser erfüllen kann als seine Vorgängerin Grossmann, die ein Nationalratsmandat bekommt.

Sozialbericht: Armutszugnis für „Reformpartnerschaft“ von SPÖ und ÖVP

Mit großer Verspätung wurde dem Steiermärkischen Landtag am 22. Jänner 2013 der Sozialbericht für die Jahre 2009 und 2010 vorgestellt. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler nahm zu dem 253 Seiten umfassenden Bericht Stellung und kritisierte, dass durch die Verzögerung nicht die aktuelle Situation, sondern jene des Zeitraumes vor den Kürzungen im Sozialbereich durch die „Reformpartnerschaft“ behandelt. Durch die zahlreichen inzwischen in Kraft getretenen Verschlechterungen hat der Bericht nur sehr geringe Aktualität.

Einige Beispiele:

- Statt der Sozialhilfe gibt es seit März 2011 eine **Mindestsicherung**. Diese stellt den Großteil der Bezieherinnen und Bezieher schlechter, allein schon durch die Rückersatzpflicht (Regress), wie erst vor kurzem der Bericht der Volksanwaltschaft aufgezeigt hat.
- Beim Budget 2011/2012 wurden sowohl die Mittel für **Menschen mit Behinderung** drastisch gekürzt,

genauso, wie jene in der Jugendwohlfahrt. Mit dem Budget 2013/2014 wurde in diesen Bereichen abermals gekürzt.

- Es kam zur **Wiedereinführung der Kindergartengebühren** und des **Regresses für Angehörige bei den Pflegekosten**.
- Die **Wohnbeihilfe wurde gekürzt** und durch die **Kürzung des Annuitätenzuschusses bei der Wohnbauförderung** kam es zur Verteuerung von Mieten.

Die Steiermark liegt, wie auch schon in den letzten Monaten, an der traurigen Spitze der Arbeitslosenstatistik. Laut aktuellem Armutsbericht sind **160.000 Steirer/innen armutsgefährdet**, das sind 13,6 %. Im vorliegenden Sozialbericht werden noch 142.000 armutsgefährdete Personen genannt. Die Steirische Volkshilfe hat vor kurzem bekannt gegeben, dass **35.000 Kinder und Jugendliche** in der Steiermark armutsgefährdet sind.

Zum Thema **Wohnungslosigkeit** gibt es positive Beispiele aus Graz, wo unter Stadträtin

Menschen mit Behinderung: Steiermark fällt zurück

Am 22.11.2012 wurde von Soziallandesrat Schrittwieser der Aktionsplan für Menschen mit Behinderung präsentiert und zugleich auch in der Landesregierung beschlossen. Im von der Landesregierung inszenierten Jubel ging eine wichtige Information völlig unter: Die Steiermark hat seit dem ersten Budget der selbst ernannten „Reformpartner“ deutliche Rückschritte gemacht, statt vorbildlicher Maßnahmen setzt die Regierung nun auf große Worte und schöne Konzepte.

In der Steiermark sind Menschen mit Behinderung mit einer ganz anderen Realität konfrontiert. Arbeitsmarktmaßnahmen und Betreuungsleistungen wurden drastisch gekürzt, Therapien werden nicht mehr finanziert, die äußerst wichtige Frühförderung ist dem Rotstift zum Opfer ge-

fallen. Hunderte Arbeitsplätze im Behindertenbereich wurden durch Kürzungen vernichtet, selbst die Finanzierung der für diese Gruppe eingerichteten Arbeitsstiftung hängt in der Luft.

Mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft sowie der Volksanwaltschaft haben bereits zwei renommierte und glaubwürdige Institutionen Kritik an den Zuständen im Behindertenbereich geübt. Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag: *„Die Steiermark hatte in den vergangenen Jahren eine Vorreiterrolle in diesem Bereich, jetzt sind wir dank der ‚Reformpartnerschaft‘ stellenweise weit zurückgefallen. Mit den Kürzungenpaketen stehen nicht mehr die Menschen – mit oder ohne Behinderung – im Mittelpunkt der Landespolitik, sondern die Wünsche der Banken und Ratingagenturen.“*



Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, demonstrierten trotz klirrender Kälte tausende Steirerinnen und Steirer gegen die Politik der Landesregierung.

Elke Kahr erstmals seit Jahrzehnten wieder eine große Zahl neuer Gemeindewohnungen errichtet wurde und mit der Mietzinsobergrenze ein wichtiges Instrument eingeführt wurde. Das Land hat hier großen Aufholbedarf.

An Soziallandesrat Schrittwieser gerichtet sagte die KPÖ-Abgeordnete: *„Im Vorwort zum*

Sozialbericht schreibt LH-Stv. Schrittwieser, dass all seine Kräfte gefordert seien, um das steirische Sozialsystem zu erhalten. Das ist ihm nicht gelungen, denn seit 2011 gibt es einen Abbau von Leistungen und Angeboten auf Kosten derjenigen, die unsere Hilfe am notwendigsten haben.“

Landesbeteiligten: Unvollständiger Bericht

Ein skandalöses Täuschungsmanöver haben sich SPÖ und ÖVP in der Sitzung des Kontrollausschusses des Steiermärkischen Landtages am 15. Jänner erlaubt: In einem Maßnahmenbericht, der Aufschluss über die Beteiligungen des Landes geben sollte, fehlen mehrere der wichtigsten Beteiligungen. Das kritisierte KPÖ-LABg. Werner Murgg, Vorsitzender des Kontrollausschusses. Auch der Landesrechnungshofdirektor Dr. Andrieu bestätigte die Unvollständigkeit des Berichtes. Immerhin fehlen darin große Unternehmen wie der Verkehrsverbund, die Instyria Kultur-Service GmbH, Joanneum Research und sogar die KAGes, größter Dienstgeber des Landes.



Protest im Landhaus gegen die Kürzungspolitik von SPÖ und ÖVP.

Presserat verurteilt Inserate der Landesregierung

Der Senat 1 des Presserates hat der Praxis der steirischen Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP, PR-Artikel für die so genannte „Reformpartnerschaft“ aus Landesmitteln zu finanzieren, die nicht klar als bezahlte Einschaltungen erkennbar sind, eine klare Abfuhr erteilt. „Maßgeblich ist vielmehr, dass die Leserinnen und Leser sich selbst kein Bild über mögliche Einflussnahmen auf den redaktionellen Inhalt machen konnten. Gerade eine finanzielle Gegenleistung für eine Veröffentlichung und damit die Unterscheidbarkeit zwischen entgeltlichen und unentgeltlichen Veröffentlichungen stellt ein wichtiges Kriterium für eine derartige Beurteilung dar, weshalb dieser Umstand unbedingt anzuführen gewesen wäre“, so der Presserat.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler fordert die Regierung auf, künftig auf solche „Förderungen“ zu verzichten und den auf diese Weise eingesparten Betrag von 380.000 Euro der Jugendwohlfahrt zur Verfügung zu stellen.

Kahlschlag im Gesundheitswesen

11.586 Unterschriften hat der Betriebsrat des LKH West Gesundheitslandesrätin Edlinger-Ploder am 30.11.2012 überreicht. In der Petition sprechen sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gegen die Privatisierung des zweitgrößten steirischen Spitals aus, die Teil der Kürzungen im Gesundheitsressort ist.

In der West- und in der Südsteiermark wurden in den

letzten Wochen im Rahmen von Bezirksvolksbegehren mehr als 21.000 Unterschriften gegen die geplante Schließung zweier Geburtsstationen abgegeben. In Voitsberg wurde dabei die Hürde für eine Behandlung durch die Landesregierung deutlich überschritten.

Zwei Tage vor der Grazer Gemeinderatswahl zog LH-



LAbg. Klimt-Weithaler

Stv. Schützenhöfer bekanntlich die Notbremse und erklärte, die Privatisierungspläne seien noch verhandelbar. Ein Spitalsgipfel wurde kurzfristig einberufen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, die sich im Landtag sowohl gegen eine Privatisierung des LKH West als auch gegen die widersinnige und kostenintensive Übersiedlung der Geburtsstation Voitsberg

nach Graz ausgesprochen hatte: „Was hier mit unseren Spitalern geschieht, stellt einen Eingriff in das öffentliche Gesundheitswesen dar, wie es ihn in der Geschichte der Zweiten Republik noch nie gegeben hat. Ob in Voitsberg oder in Graz, die Menschen haben mit tausenden Unterschriften gezeigt, dass sie mit dieser Politik nicht einverstanden sind. Die Regierung wäre gut beraten, die Bevölkerung ernst zu nehmen und die Signale zu hören, die sie ausgesendet hat.“



Entschlossener Einsatz der Voitsberger Bevölkerung für ihre Geburtsstation – Landesrätin Edlinger-Ploder ließ sich aber nicht vom Zusperrern abhalten.



Der Betriebsrat des LKH West überreichte 11.500 Unterschriften gegen die Privatisierung des zweitgrößten steirischen Spitals.

Geburtsstation am LKH Voitsberg geschlossen

Einen letzten Versuch zur Rettung der Geburtsstation Voitsberg unternahm KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler am 11. Dezember 2012. Sie stellte dabei nicht nur die Sinnhaftigkeit dieser Schließung in Frage, sondern

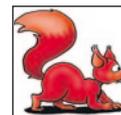
zeigte auch auf, dass künftig Geburten im Bezirk Voitsberg für Mutter und Kind lebensbedrohend sein können – in der Weihnachtszeit, also nach der Schließung, kam es dann auch prompt zu einem gefährlichen Zwischenfall.

Deutliche Worte des Verfassungsgerichtshofs zum Glücksspiel

In einem Urteil im Zusammenhang mit der Vergabe von Glücksspielkonzessionen hat der Verfassungsgerichtshof nun deutliche Worte gefunden: Eine Beschränkung der Konzessionen sei sachlich begründbar und im öffentlichen Interesse, der VfGH spricht sogar von einer „nachgewiesenen Sozial-schädlichkeit des Glücksspiels“. Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ, zeigt sich erfreut über diese deutlichen Worte. In keinem anderen Bundesland gibt es eine so hohe Dichte an Automaten und so viele Spielsüchtige. Der letzte Suchtbericht des Landes aus dem Jahr 2008, der sich mit der Thematik auseinandersetzt, spricht von 60-80.000 direkt oder indirekt Betroffenen nur in der Steiermark. Alle Initiativen zur Abschaffung oder

Zurückdrängung der Spielautomaten scheiterten bisher am Widerstand von SPÖ und ÖVP. Die durch das aktuelle Glücksspielgesetz stark erhöhten Einsätze und Gewinnmöglichkeiten machen das Problem noch größer und werden Spielsüchtige in noch kürzerer Zeit in den Ruin treiben.

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VN: 07Z037205



Impressum/Medieninhaber,
Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: tk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.